

## Heroin nach Schweizer Art

**Deutschland** Grosse Koalition uneinig in der Frage der kontrollierten Drogenabgabe

**In Deutschland gäbe es weniger Heroin-Tote, zögen SPD und Union in der Regierung am selben Strick. Doch die kontrollierte Abgabe der Droge als Arznei ist in der CDU/CSU aus ideologischen und ökonomischen Gründen umstritten.**

MARTINA OHM, BERLIN

Seit vier Jahren läuft in Deutschland ein Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Opiatabhängiger. Rund 150 000 solche Betroffene gibt es bundesweit. Zwischen drei und fünf Prozent sind schwerstabhängig. Im Schnitt stirbt jeder Zehnte innerhalb eines Jahres.

Rot-Grün setzte ein Projekt durch, um herauszufinden, wie diesen Menschen geholfen werden kann. In sieben ausgewählten Städten – Köln, Bonn, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, München und Frankfurt am Main – wurden 1032 Abhängige in eigens eingerichteten Zentren behandelt. Die Hälfte mit der Ersatzdroge Methadon, die andere Hälfte mit Heroin. Die Auswertung der Versuchsreihe für die mit Heroin behandelten Patienten, findet Marion Caspers-Merck, seien ermutigend – unter sozialen wie unter gesundheitlichen Aspekten.

Die frühere Drogenbeauftragte von Rot-Grün kommt aus dem badischen Wahlkreis Lörrach-Müllheim. Heute ist sie Staatssekretärin im Gesundheitsministerium. In nächster Nachbarschaft zur Schweiz hat sie über Jahre den Umgang mit Schwerstabhängigen in der Szene zwischen Bern, Basel und Zürich beobachten können. Jetzt setzt sie sich dafür ein, dass es auch in Deutschland Heroin auf Rezept geben kann. Unter streng kontrollierten Bedingungen.

Die mehrjährige Modellstudie macht ihr Mut. Die Todesfälle sinken. Darum will sie die nötigen gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen und das Betäubungsmittelgesetz ändern. Ohne den Koalitionspartner aber geht das nicht. Doch in den Reihen von CDU und CSU gibt es Widerstand. «Ich erwarte von einer christlich orientierten Partei, dass sie sich hier nicht entzieht», sagt Caspers-Merck im Gespräch mit der MZ. An ideologische Grabenkämpfe mag sie nicht glauben: «Die Pragmatiker in der Drogenpolitik haben Zulauf, die konservativen Kräfte werden schwächer.»

Christian Haasen, Studienleiter am Zentrum für Interdisziplinäre Suchtforschung der Uni Hamburg, das die bereits abgeschlossene Vergleichsstudie und die noch laufende Langzeitstudie begleitet, hofft, dass Heroin auch in Deutschland bald als Medikament verordnet werden kann. Erhielte die Zulassung als verschreibungsfähiges Arzneimittel den politischen Segen, «könnte die Sterblichkeitsrate von Schwerstabhängigen unter ein Prozent sinken», erwartet Haasen. Nur noch jeder hundertste Patient würde sterben. Der Mehraufwand pro Person und Jahr: 8000 Euro.

Für ökonomische oder gar ideologische Einwände hat der Mediziner kein Verständnis. Mit Befremden nimmt er die Bedenken aus der Union zur Kenntnis. Die drogenpolitische Sprecherin der CSU-Bundestagsfraktion Maria Eichhorn stellte die Frage, ob es richtig sei, «sehr viel Geld für eine sehr kleine Gruppe von Menschen auszugeben». Und der CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn sprach von «Legalisierung einer illegalen Droge».

Derzeit werden laut Haasen noch über 300 Patienten im Rahmen der Studie mit Heroin behandelt. Voraussichtlich, nach einer halbjährigen Verlängerung, noch bis Ende des Jahres.

Was danach kommt, muss die Politik entscheiden. «Wer diese Menschen zwangsweise wieder auf Methadon setzt, handelt unethisch», warnt Haasen und verweist auf Untersuchungen aus den Niederlanden, in denen schlimme Rückfälle nachgewiesen wurden.

Die eindeutigen Daten des Modellversuchs drängen die Kritiker aus der CDU indes zunehmend in die Defensive. Vor allem in den Kommunen, die direkten Einblick in das Heroin-Projekt haben, werden die Stimmen der Befürworter lauter. Nicht nur der Stadtkämmerer aus Frankfurt und der Oberbürgermeister aus Köln stehen auf der Seite der SPD. Auch Baden-Württemberg hat den Kurs in der Drogenpolitik geändert. Die neue Arbeits- und Sozialministerin aus Stuttgart, Monika Stolz, plädiert offen für eine eng begrenzte heroingestützte Behandlung in Ausnahmefällen und will die Bemühungen um eine Gesetzesänderung auf Bundesebene unterstützen. Experten sollen jetzt vermitteln. Handlungsbedarf ist vorhanden: Allein in Baden-Württemberg gibt es 25 000 Abhängige.